
Nokia-Werksschließung Subventionen zurückzahlen?

Die Ankündigung des Nokia-Konzern, seine seit Ende der 1980er Jahre in Bochum angesiedelte Produktionsstätte umgehend schließen zu wollen, hat in der Öffentlichkeit und in der Politik erhebliche Empörung ausgelöst. Diese speist sich insbesondere aus dem Umstand, dass das Unternehmen im Zeitraum 1995 bis 2007 vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Förderbetrag aus Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung und der Forschungsförderung als Subvention erhalten hatte. Die Enttäuschung unter den Betroffenen ist mehr als verständlich, traf sie doch die Mitteilung der geplanten Schließung angesichts zuletzt steigender Umsätze und zahlreicher Sonderschichten völlig unvermittelt.

Bei allem Verständnis für die Empörung, für Subventionszahlungen kann man keine Dankbarkeit von den Empfängern erwarten. Jede Subvention ist und bleibt stets mit Risiken verbunden. Dies gilt für die direkte Förderung von Unternehmen genauso wie für die Infrastrukturförderung. Diejenigen Akteure, die man mit geldwerten Vorteilen – etwa zinslosen Krediten oder Befreiungen von der Gewerbesteuer – von außen in die Region locken kann, sind offenbar empfänglich für derartige Verlockungen. Wenn sie einmal – und vielleicht auch schon öfters – gegenüber finanziellen Anreizen empfänglich waren, warum sollten sie es da nicht gegenüber den Verlockungen anderer ebenfalls sein. Wer mit jemandem anbandelt, der „leicht zu haben“ ist, sollte gewarnt sein, auf was er sich einlässt.

Dennoch wird sich kein Landespolitiker und kein regionaler Wirtschaftsförderer der Gewährung von Subventionen verschließen können, solange andere Standorte im In- und Ausland ebenso verfahren. Eine nüchterne Einschätzung der Chancen und Risiken ist gleichermaßen vonnöten, wie das Setzen von Bedingungen zur Begrenzung der Risiken. Eine über den Investitionszyklus hinausgehende, hinreichend lange Bindungsfrist gekoppelt mit einer degressiven Ausgestaltung der Rückzahlung von Subventionen im Fall der vorzeitigen Aufkündigung der Subventionsvereinbarung stellt einen denkbaren Weg dar. Dazu gehört auch ein zeitnahes Monitoring der Finanzflüsse und der Einhaltung der mit ihnen verbundenen Zusagen. Es spricht vieles dafür, dass zumindest ein Teil dieser Anforderungen im Fall Nokia nicht erfüllt war. Aber je härter die Bedingungen, umso weniger ist eine gegebene Subventionshöhe wert. Da die Subvention dazu

da ist, (gefühlte) Standortnachteile wettzumachen, mag sie wohl oder mag sie nicht ausreichen, wenn die Bedingungen verschärft werden.

Unternehmerische Standortentscheidungen spiegeln auch die Offenheit der politisch Verantwortlichen für Wettbewerb wider und führen den Regionen ihre Wettbewerbsfähigkeit vor Augen. Auf Unternehmensansiedlungen zielende Subventionen hingegen verzerren den räumlichen Koordinationsmechanismus des Marktes. Zu begrüßen sind daher langfristig wirksame Investitionen in die Bildungs- und Forschungsinfrastruktur, nicht jedoch auf kurzfristige „Ansiedlungserfolge“ zielende Eingriffe in den Markt.

*Christoph M. Schmidt
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Essen und Ruhr-Universität Bochum
Schmidt@rwi-essen.de*

Reallöhne Kontraproduktive Kürzungen

Die deutsche Reallohnentwicklung der letzten Jahre kann, trotz Aufschwungs, als eine Phase der drastischen Reallohnsenkung bezeichnet werden. Die Reallohne sind seit 2001 je nach Definition um bis zu 5% gefallen. Dies wird auch von mikroökonomischen Daten wie denen des SOEP bestätigt.

Was sind nun die makroökonomischen Effekte von fallenden Reallöhnen? Bei der Diskussion dieser Frage gibt es derzeit eine einseitige Betonung der angebotsseitigen Effekte. Auf der Angebotsseite sollten sich das Produktionspotenzial und die Arbeitsnachfrage durch einen Rückgang der Löhne erhöhen. Dabei wird unterstellt, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dem neuen Gleichgewicht schnell anpasst. Bereits Keynes hatte darauf hingewiesen, dass Lohnkürzungen kontraktive Nachfrageeffekte haben können. Fallen die Löhne relativ zur Produktivität, d.h. fällt die Lohnquote, so werden die Konsumausgaben gedämpft, da Lohnneinkommensbezieher typischerweise eine höhere Konsumneigung haben als Vermögenseinkommensbezieher. Die Investitionsausgaben werden dagegen eher stimuliert. Die Nettoexporte schließlich werden erhöht, wenn man unterstellt, dass das Ausland keine ähnliche Strategie verfolgt, weil mit der Lohnreduktion die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Güter steigt. Die Höhe des Außenhandelseffekts hängt nicht zuletzt von der Offenheit der Volkswirtschaft ab.

Die relative Größe dieser Effekte wurde ökonomisch untersucht. Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien ergab, dass eine Senkung der Lohnquote

um einen Prozentpunkt durch sinkende private Konsumausgaben eine Reduktion des BIP um 0,44 Prozentpunkte verursacht, dass dies keinen (statistisch signifikanten) Effekt auf die Investitionen hat und das BIP durch höhere Nettoexporte um 0,27 Prozentpunkte erhöht. Der Nettoeffekt einer Reduktion der Lohnquote um 1% ist also eine Reduktion der aggregierten Nachfrage um 0,17%. In einer Untersuchung des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wurde festgestellt, dass eine Reallohnsenkung bzw. eine Lohnzurückhaltung den Konsum in Deutschland so stark bremst, dass die Nettoexporte dies nicht kompensieren können. Diese Ergebnisse sind mit dem Muster der deutschen Wirtschaftsentwicklung seit 2001 konsistent: die Konsumausgaben wiesen eine sehr schwache Dynamik auf, die Nettoexporte eine sehr starke. Insgesamt ist Deutschland eine so große Volkswirtschaft, dass die Außenhandelseffekte geringer als die Konsumeffekte ausfallen.

Reallohnkürzungen sind daher in der gegenwärtigen Situation kontraproduktiv; sie senken die Nachfrage in Deutschland und verschärfen die Außenhandelsungleichgewichte im Euro-Raum. Eine Rückkehr zur produktivitätsorientierten Lohnpolitik ist daher dringend geboten.

*Camille Logeay, Engelbert Stockhammer
Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf
Wirtschaftsuniversität Wien
camille-logeay@boeckler.de/engelbert.stockhammer@wu-wien.ac.at*

US-Zinsentwicklung Auswirkungen auf Europa

Im Januar dieses Jahres hat die Federal Reserve die Leitzinsen in zwei Schritten um insgesamt 1,25 Prozentpunkte gesenkt – so stark wie seit mehr als 25 Jahren nicht mehr. Bei solch einem historischen Eingriff ist die Frage berechtigt, welche Auswirkungen sich dadurch für andere Regionen ergeben könnten.

Der empirischen Literatur zu Folge gehen von Zinssenkungen in den USA allenfalls geringe in der Tendenz positive Effekte auf den europäischen Konjunkturverlauf aus. Dies ist wenig verwunderlich, sind realwirtschaftlich doch hauptsächlich zwei Transmissionskanäle von Bedeutung, die entgegengesetzt zu-

einander wirken. Während Zinssenkungen in den USA einerseits den US-Dollar abwerten lassen und so die europäischen Exporte dämpfen, wird andererseits die Konjunktur in den USA stabilisiert, was zu einer Erhöhung der Nachfrage nach europäischen Gütern und Dienstleistungen führt. Wissenschaftliche Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in den USA bei einer Zinssenkung um einen Prozentpunkt in der Vergangenheit im Laufe eines Jahres um bis zu 0,5% erhöht hat. Andere Studien besagen, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt bei einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes in den USA um einen Prozentpunkt um etwa 0,2 bis 0,5% zulegt – für den Euroraum ergeben sich etwas geringere Werte. Die Reaktion der Wechselkurse auf die Zinssenkung war eher moderat, was darauf hindeuten könnte, dass bereits größere Zinsschritte der Fed durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um mehr als 10% im vergangenen Jahr vorweggenommen wurden. Diesen Überlegungen zu Folge sind aktuell für Europa zwar eher positive, aber letztlich nur geringe konjunkturelle Auswirkungen zu erwarten.

Viel entscheidender als die Wirkung einzelner geldpolitischer Maßnahmen, wie sie in der empirischen Literatur in der Regel untersucht werden, ist für Europa derzeit jedoch, ob die Geldpolitik der Fed als Ganzes angemessen auf die derzeit kritische Situation in den USA reagiert. Die jüngsten Zinssenkungen müssen gerade vor dem Hintergrund steigender Preise als ein deutliches Signal dafür gesehen werden, dass die Fed enorme Risiken für die amerikanische Wirtschaft sieht. Sollte den USA tatsächlich eine lange tiefgreifende Rezession drohen und die Fed in der Lage sein, diese zu verhindern oder zumindest abzumildern, so dürfte zweifellos auch Europa davon profitieren. Dafür nimmt die Fed jedoch bewusst große Risiken in Kauf. So sind die Gefahren für die Preisstabilität weiter gestiegen und die Inflationserwartungen drohen sich aus ihrer jahrelangen Verankerung zu lösen. Läuft die Inflation aus dem Ruder, womöglich gar bei einer sinkenden Wirtschaftsleistung, so sind die Kosten für die USA derzeit kaum absehbar. Diese hätten dann auch die europäischen Volkswirtschaften mit zu tragen.

*Nils Jannsen
Institut für Weltwirtschaft, Kiel
nils.jannsen@ifw-kiel.de*

Literatur und Links zu diesen und anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Themen finden Sie auf der Website der ZBW unter ECONIS Select www.zbw.eu/dienstleistungen/econis_select.htm